

## **Pekings sanfte Strategie - Konfuziusinstitute im Westen verdrehen die Tatsachen über Tibet**

China nutzt Hunderte von in der ganzen Welt eingerichteten Konfuzius-Instituten als eine Art Projektionsfläche für seine sanfte Gewalt, d. h. um seine Ansichten über Tibet zu verbreiten.

China versucht, die internationale Debatte über die Tibet-Frage durch den Einsatz von Soft-Power-Propaganda zu ersticken, erklärte kürzlich eine Tibet-Sympathisanten-Gruppe.

Nach Aussage der International Campaign for Tibet (ICT) werden Hunderte von Konfuzius-Instituten, die Peking in Universitäten in der ganzen Welt gründete, und deren vordergründige Aufgabe die Förderung der chinesischen Sprache und Kultur ist, eingesetzt, um die internationale Debatte über Tibet zu beeinflussen.



„Die Konfuzius-Institute dienen nun als „Plattformen zur Verbreitung der chinesischen Propaganda über Tibet“, sagte Bhuchung Tsering, der Vize-Präsident von ICT, bei einer Anhörung im US-Kongress. Er zitierte einen Beitrag der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua vom Januar, demzufolge ein von der Tibetischen Akademie der Sozialwissenschaften herausgegebenes offizielles Journal regelmäßig an diese Studienzentren verteilt wird.

Letztes Jahr habe ICT Quellenmaterial von einem Konfuzius-Institut an einer US-Universität angefordert. Was geschickt wurde, seien nur Broschüren und DVDs gewesen, die die „chinesische Version der Tibetfrage wiedergaben“, fuhr er fort. Sie wurden von einem unter staatlicher Aufsicht stehenden Verlag herausgegeben, dessen Hauptfunktion der „Ausstoß von Propaganda-Produkten“ ist, wie es auf einer offiziellen chinesischen Website heißt.

In den letzten Jahren habe China über 300 Konfuzius-Institute an Universitäten in der ganzen Welt geschaffen, davon alleine 81 in den USA sowie über 300 Konfuzius-Studienklassen. Aber in diesen Instituten „herrschen Bedingungen, die eine Herausforderung an die akademische Freiheit darstellen... Uns wurde berichtet, daß versucht wurde, Diskussionen über heikle Themen wie Tibet zu verhindern, wenn nicht gar zu verbieten“, erklärte Bhuchung Tsering.

Die Anhörung im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten erfolgte einen Tag, nachdem der US-China-Menschenrechts-Dialog zu Ende gegangen war. Bei diesem konstatierte die amerikanische Seite, daß Chinas Menschenrechts-Bilanz sich erheblich verschlechtert habe und rief Peking dazu auf, auch abweichende Ansichten zuzulassen.

Die Welle der Selbstverbrennungsproteste würde sich solange fortsetzen, bis die zugrunde liegenden Probleme der Tibeter gelöst würden, fuhr er fort. Pekings verstärkte Restriktionen als Antwort auf die Selbstverbrennungen dienten nur dazu, daß sich die Tibeter unter chinesischer Herrschaft noch ungerechter behandelt und noch mehr diskriminiert fühlten.

„So lange den Tibetern das Recht verweigert wird, ein Leben in Gleichheit, Achtung und Würde zu führen, ist klar, daß sie zu Taten schreiten werden, durch die sie ihre Gefühle deutlich machen können“. Anstatt eine Lösung für das Problem zu finden, versuchten die chinesischen Behörden von jeglichem Schuldvorwurf an ihre Adresse abzulenken, indem sie die Tibeter „demütigen“, die Feueropfer als „Verbrecher“ hinstellen und behaupten, ihre Proteste, seien vom Dalai Lama bestellt worden.

Peking habe auch von der politischen Bedeutung der Selbstverbrennungen abgelenkt, was zu seinen systematischen Bemühungen paßt, „die organische tibetische Kultur durch eine staatlich anerkannte Version im Sinne der ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Ziele der Partei zu ersetzen“.

„Die aggressiven Sicherheitsmaßen der chinesischen Regierung als Antwort auf die Selbstverbrennungen machen die Lage noch viel instabiler und potentiell gefährlich, wodurch noch weitere derartige Fälle riskiert werden“.